EUGEN KOGON

HESSEN NACH DEM ZUSAMMENBRUCH

Marginalien zum Neubeginn

Dieser Beitrag ist nicht Geschichtsschreibung. Er besteht aus *Beobachtungen und Bemerkungen* zur Zeitgeschichte, wie sie sich in Personen und Ereignissen, Zuständen, Ideen und Absichten, soweit sie sich auf Hessen beziehen, während der Jahre unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zugetragen hat. Meine eigene Beteiligung daran mußte in den Bericht mitaufgenommen sein, — sie legitimiert ihn.

*

Mitte April 1945 kam in das von General Pattons III. Amerikanischer Armee befreite Konzentrationslager Buchenwald ein Intelligence Team der Psychological Warfare Division, um festzustellen, was gewesen war. Die Offiziere besaßen von ehemaligen Häftlingen, die entlassen worden und in die Vereinigten Staaten gelangt waren, eine Namensliste mit Empfehlungen „für den Fall, daß ...", darunter meinen Namen. Man bat mich, einen Bericht über das Lager zu schreiben, und brachte mich nach Weimar in die Villa, die Baldur von Schirach bewohnt hatte. Im Verlauf weniger Tage ergab es sich, daß ich dem Militärkommandanten einige bewährte deutsche Verwaltungsfachleute aus den Reihen der Befreiten vorzuschlagen hatte. So wurde Hermann Brill, nachmals, von Mitte 1946 an für mehrere Jahre, Chef der Hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden, Berater für die ersten notwendigen Verwaltungsregelungen der Verhältnisse in Thüringen. Er war in der Frühzeit der Weimarer Republik Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) und Staatssekretär in Thüringen gewesen. Nach Jahren der Haft unter den Nationalsozialisten — im Hinrichtungsgefängnis Plötzensee — hatte ihn die Geheime Staatspolizei 1943 dem Konzentrationslager Buchenwald überstellt. Außer Hermann Brill nannte ich dem Kommandanten noch Werner Hilpert, ehemaligen Wirtschaftstreuhänder in Leipzig, führend in der Zentrumspartei und in der Katholischen Aktion dort, bei Kriegsbeginn als Gegner des Nationalsozia-

lismus verhaftet und sofort nach Buchenwald gebracht. Die Amerikaner betrauten ihn für Thüringen mit der Verwaltung der beschlagnahmten nationalsozialistischen Vermögenswerte. In Frankfurt wurde er dann zuerst Präsident der Industrie- und Handelskammer, anschließend in der noch von der Besatzungsmacht eingesetzten Hessischen Landesregierung Stellvertretender Ministerpräsident, im nachfolgenden Kabinett auch Finanzminister. 1951 übernahm die SPD unter *Georg August Zinn* allein die Regierungsbildung, Hilpert, Erster Vorsitzender der CDU in Hessen, war von da an Bundestagsabgeordneter, wurde 1953 aber Präsident der Bundesbahnverwaltung in Frankfurt.

In der Annahme der Chance, das Naziregime zu überdauern, hatten wir im Lager, sooft sich Gelegenheit dazu bot, bei mir im „Fleckfieberimpfstoff-Block" zusammenzukommen, wo ich, zur „Liquidation nach siegreichem Kriegsende" bestimmt, Arztschreiber war, die Verfassungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten der nachnationalsozialistischen Zeit, wie wir sie uns vorstellten, überlegt, – der Sozialdemokrat, der Zentrumsmann, ich als Parteiunabhängiger. Hermann Brill war eine lebende Bibliothek der Staatsrechtsliteratur.

Aber wie kamen wir Drei nach Hessen?

*

Der Leiter des Intelligence Teams, 1st Lieutenant Albert G. Rosenberg, hielt es für zweckmäßig, mich zu Botschafter Robert D. Murphy und seinem Stab nach Paris zu bringen, die dort die Anwendung der in Washington beschlossenen Politik der „Umerziehung" des deutschen Volkes vorbereiteten. Der Weg führte uns über Frankfurt am Main.

Einige Mitglieder des Teams verblieben noch in Weimar. Sie erfuhren das Datum, an dem gemäß der in Jalta getroffenen Geheimabsprache Thüringen der russischen Besatzung überlassen werden sollte, und brachten Hilpert kurz vor der Übergabe ebenfalls nach Frankfurt, Brill nach Wiesbaden. (Die Familien kamen später, mit Hilfe der Amerikaner, aus der Sowjetisch Besetzten Zone nach Hessen, – in meinem Fall unter Sonderbedingungen aus Wien, von denen noch zu berichten sein wird.) Wir trafen uns wieder, als ich im Juni mit dem Stab der Psychological Warfare Division, der Bad Homburg zum Standort erhielt, aus Paris zurückgeflogen wurde.

Leutnant Rosenberg und einer seiner Begleiter hatten den Zwischenaufenthalt in Frankfurt eingelegt, um dem Provisorischen Magistrat der Stadt, den sie Anfang April eingesetzt hatten – die amerikanischen Streitkräfte waren in Wiesbaden und Frankfurt am 29. März eingetroffen –,

am Sitz des improvisierten Amtes in der Siesmayerstraße einen Besuch abzustatten. Die Verwaltung bestand fast ausschließlich aus ehemaligen Redakteuren der „Frankfurter Zeitung" (deren Erscheinen im Spätsommer 1943 eingestellt worden war), an der Spitze als „acting burgermaster" der Chef der FZ-Nachrichtendienste von seinerzeit, Wilhelm Hollbach. Zur Gruppe in der exzeptionellen Position gehörte unter anderen Ernst Beutler, dem in den Jahren des Wiederaufbaus als Direktor des Freien Deutschen Hochstifts in Frankfurt am Main das Verdienst der historisch getreuen Neuerrichtung des Goethehauses zukam, ferner Hans Bütow, der in Hamburg nach der Rückkehr von Max Brauer aus der Emigration in den USA dessen Pressechef im Amt des Bürgermeisters der Hansestadt wurde, und: Bernhard Grzimek! (Nicht für den Zoo damals.)

Ich erkundigte mich, ob man wisse, wo sich Walter Dirks befand, — ich war ihm in der Gesinnung der Jugendbewegung von einst und der „Rhein-Mainischen Volkszeitung", die er wesentlich mitbestimmt hatte, verbunden; in Buchenwald hatte ich der „Frankfurter Zeitung", die ein Vorzugshäftling bezog, entnommen, daß „W. D." in deren Redaktionsstab gelangt war. Natürlich hatten die ehemaligen Kollegen seine sachsenhäuser Anschrift, und so fuhr ich, im amerikanischen Jeep notgedrungen Aufsehen erregend, bei ihm vor. Ehe wir es uns versahen, war beschlossen, eine „Zeitschrift für Kultur und Politik" — die „Frankfurter Hefte" dann — zu gründen und mit ihr in die Nachkriegsverhältnisse auf die ins Auge gefaßte Zukunft hin gemeinsam einzugreifen. Übereinstimmende Vorstellungen, während der Jahre der Unterdrückung entwickelt, trafen zueinander.

In der Siesmayerstraße beklagte sich Werner Jaspert, früher schon und jetzt wieder die rechte Hand von Hollbach, zur Zeit, obgleich das wahrlich nicht seiner Gesinnungsart entsprach, verantwortlich für die Polizei in Frankfurt, bei Leutnant Rosenberg bitter über zahlreiche Verhaftungen, die von Angehörigen der Streitkräfte in der Stadt vorgenommen wurden — unter den Ärzten zum Beispiel, wenn sie der NSDAP oder einer ihrer Untergliederungen angehört hatten, sodaß die Versorgung sogar in den Krankenhäusern gefährdet war. Das Intelligence Team war eine recht mächtige Einrichtung: der „weiße SHAEF-Paß" (Supreme Headquarter Allied Expeditionary Forces) erlaubte es ihm, jede Person im besetzten Gebiet zu verhaften und Beschlagnahmungen, wie es zweckmäßig erschien, vorzunehmen. Aber umgekehrt konnte auch Leutnant Rosenberg nichts oder nur wenig ausrichten. Es werde sich, so meinte er, nur um eine kurze Übergangszeit handeln. In der Tat hat Jaspert sehr bald eine Menge Wiederfreilassungen bewirkt.

Eberhard Beckmann, im Jahr darauf Intendant des von der Besatzungsmacht lizenzierten Hessischen Rundfunks – ich werde die Anekdote, wie sich das fügte, noch zu berichten haben –, Beckmann, in jenen Tagen gleichfalls der Provisorischen Stadtverwaltung angehörend, stellte eine Mappe mit Unterlagen über Fälle zusammen, in denen Unternehmer wegen ihrer „formalen Zugehörigkeit zur NSDAP" zu Unrecht ausgeschaltet worden seien oder sogar in Haft gehalten würden, und übergab sie mir „für Botschafter Murphy in Paris". Das Drama, zugleich die verworrene Misere der Kollektivschuldanklage und der Schuldfolgen sowie der Versuche, sich daraus zu befreien, begann. Ich nahm die Papiere mit; „an den Mann bringen" konnte ich sie nicht.

*

In der rue d'Astorg, dem Hauptquartier des P.W.D.-Stabes, informierte man mich alsbald über die Entnazifizierungsrichtlinien als Bestandteil der kommenden „reeducation"-Politik. Sie waren sehr viel klarer als die positiven „Umerziehungs"-Pläne. Ich war über den Formalismus des Fragebogens, den jeder Deutsche ausfüllen sollte: 132 Rubriken, entsetzt. Das Verfahren war sicherlich besser als eine revolutionäre Rache des deutschen Volkes selbst, der ungezählte Unschuldige aus Verwechslungen und allen möglichen privaten Gründen mit zum Opfer gefallen wären; die Alliierten hatten das verhindert. Aber wie sollte ein noch so perfektes Schema F die Wirklichkeit erfassen können, die während der Naziherrschaft das Leben in Deutschland auf das verwickeltste durchsetzt hatte? Ich verwies darauf, daß nur kleine Ausschüsse, von ortskundigen, wissenden, gerechtdenkenden Gegnern des Regimes gebildet, in der Lage wären, die tatsächlich schuldigen Aktivisten – und nur sie – zu benennen. Vergeblich. Man müsse froh sein, gab der Botschafter zu verstehen, wenn die Anweisungen wenigstens teilweise und verhältnismäßig rasch von den positiven Demokratisierungstendenzen überholt würden. (Es war die Geheimorder 1067 gemeint, Restergebnis des sogenannten Morgenthau-Planes. Botschafter Murphy war von Anfang an einer der Gegner dieser das ganze deutsche Volk einbeziehenden Behandlungsmethode gewesen.) „Der Non-Fraternisation-Befehl verbietet mir doch sogar, irgendeinem Deutschen bei irgendeiner Begegnung auch nur die Hand zu reichen! Das wird sich kaum schon innerhalb der ersten Wochen der Besatzungspolitik ändern lassen."

Es hat sich dennoch verhältnismäßig rasch geändert. Und ein Vorteil in Hessen war es, daß ich nach der Rückkehr aus Paris und von den Verbindungen aus, die sich ergeben hatten, die Freunde informieren konnte. Desgleichen, daß in manchem Wichtigen eine oft beinahe partnerschaftliche

Verständigungsbereitschaft zwischen maßgebenden Mitgliedern der amerikanischen Militärregierung in Hessen und den Deutschen bestand, die nicht davor zurückscheuten, unter den wahrlich nicht einfachen Umständen dieser unmittelbaren Nachkriegszeit Verantwortung zu übernehmen.

Ich habe während der drei Wochen in der rue d'Astorg dann Entwürfe zur Bildungspolitik, die man vorhatte, begutachtet.

*

In Bad Homburg erhielt ich eine Villa im „Restricted Area" zugewiesen, um das Buch über die Konzentrationslager zu schreiben („Der SS-Staat"). Und ich stand weiter als Berater zur Verfügung. Der General der Division hatte den Buchenwald-Bericht gelesen und meinte, das dürfe nicht in den Schreibtischschubladen der Militärbürokratie liegen bleiben. Daher die Anregung zum Buch. Sobald ich das Manuskript fertiggestellt hätte, sollte ich bereit sein, nach San Francisco zu fliegen und bei den Vereinten Nationen über das System der Konzentrationslager zu sprechen. Meine Frau, meine drei Kinder seien in Wien, antwortete ich, die russische Zone in Niederösterreich zwischen uns und ihnen, — nicht nach San Francisco wollte ich, sondern, nach sieben Jahren der Trennung, mit meiner Familie wieder vereinigt sein, sie aus Wien heraus und zu mir holen. Der General wunderte sich, daß ich seinen Vorschlag nicht annahm.

Die Zusammenführung wurde zum Abenteuer, das die Wirklichkeit von damals anschaulich wiedergibt.

Mauthausen, das Konzentrationslager bei Linz, 1934 unter dem Dollfuß-Regime gegen die Nationalsozialisten eingerichtet, im Dritten Reich zu einer der übelsten Exekutionsstätten des Hitler-Terrors geworden, gehörte gerade noch zur amerikanischen Zone in Österreich, unmittelbar dahinter begann die russische. In Frankfurt am Main, es befanden sich noch deutsche und im besonderen hessische politische Häftlinge der Nazi in Mauthausen, hatte man erfahren, daß der Kommandant zu bewegen war, in Sonderfällen Flüchtlinge aus der russischen Zone das Lager von der einen zur anderen Seite passieren und so in die Freiheit gelangen zu lassen. Ich rechnete damit, daß es mir gelingen könne, auf diesem Weg meine Familie zusammen mit den noch nach Hause zu schaffenden Deutschen in den Westen zu bringen.

Eberhard Beckmann, von den „Akten für Murphy" her mit mir bekannt, war es, der als Leiter der Verkehrsabteilung im frankfurter Provisorischen Magistrat zwei Lastwagen je mit Fahrer und das Benzin für den Weg nach Mauthausen und zurück verschaffte, — eine enorme Hilfe in der Zeit damals. Ein halbes Jahr später war es mir ein Vergnügen, mich dafür erkenntlich zeigen zu können: Beckmann interessierte sich, und er kam von seinen

Qualitäten her sehr wohl in Frage, für die Intendanten-Stellung beim Hessischen Rundfunk, der zu organisieren war; er bat mich, ihn bei Max Kimenthal zu empfehlen, einem der Amerikaner, die dem Intelligence Team von Leutnant Rosenberg angehört hatten; Kimenthal war jetzt in Frankfurt der Verantwortliche für die Auswahl der Kandidaten, die im Bereich der öffentlichen Meinungsbildung eine Medienlizenz übernehmen sollten. Bald darauf wurde Beckmann ernannt und konnte sich an die neue, große Arbeit machen, die er bis zu seinem Tod über Jahre hin mit Erfolg geleistet hat.

Die Fahrt nach Österreich ließ sich ganz anders an, als es geplant gewesen war. Ich hatte den Lastwagen-Konvoi vorausgeschickt und kam mit einem jungen Ingenieur, von Werner Hilpert, mit dem er Thüringen verlassen hatte, empfohlen, wenige Tage später nach. Mein Begleiter besaß einen „Mercedes". (Das Problem war das Benzin gewesen ...) Als wir in Linz eintrafen, hatten die Amerikaner am Abend vorher das Lager Mauthausen den Russen übergeben, – es war nichts mehr zu machen. Der Ingenieur und ich fuhren daraufhin nach Süden: Man hatte uns in Linz gesagt, daß es von der Steiermark aus, die zur Britischen Zone gehörte, Möglichkeiten gab, über den Semmering nach Wien und sicherlich auch wieder zurück zu kommen. Tatsächlich ist mir das gelungen. Der Ingenieur blieb mit dem Auto in Leoben, um auf mich und meine Familie zu warten; wir vereinbarten, daß er nach Frankfurt zurückkehren sollte, wenn er innerhalb von drei Tagen nichts mehr von mir hören würde.

Wie ich Wien erreichte und dann mit meiner Frau, den beiden Söhnen und der elfjährigen Tochter wieder Leoben, ist eine Sache für sich. Ich erwähne lediglich ein kleines Zwischenerlebnis vom Hinweg: Im Hochwald westlich des Semmering auf einer Lichtung, wir hatten uns vorsichtig einander genähert, weil man russische Patrouillen befürchten mußte, begegnete ich zwei Italienern, die überglücklich waren, daß da jemand auftauchte, der ihre Sprache verstand, – ins Dritte Reich verbrachte Zwangsarbeiter, die nach Kriegsende in der Tschechoslowakei von sowjetischen Truppen nach Ungarn mitgenommen worden waren, von wo es ihnen glückte, sich südwestwärts aus dem Staub zu machen. Nun waren sie, zu Fuß, auf dem Weg „nachhause", und sie fragten mich, wie weit es noch nach Calabrien sei ... „È ancor' un poco lontano", sagte ich und deutete nach Süden, „... sempre in questa direzione!" Es waren nur, über alle Berge, an die 1500 oder 2000 Kilometer. Mitteleuropa im August 1945 ...

*

Millionen Schicksale waren zu bewältigen.

Peter Paul Nahm, aus Bingen gebürtig, 1933 als Mitbegründer und ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift „Der Katholik" verhaftet, ins Konzentra-

tionslager gebracht, nach seiner Entlassung mit Berufsverbot belegt, wurde 1946 in Hessen Staatsbeauftragter für die Eingliederung der Ostflüchtlinge und der Heimatvertriebenen. Hier aus einem Bericht von ihm[1] einige Angaben.

„Bereits vor dem Eintreffen der Aussiedlungstransporte war die Bevölkerungszahl in Deutschland — durch die Flüchtlinge — angestiegen: in der britischen Zone um 8,5 Prozent, in der russischen um 32 Prozent, in der amerikanischen um 23 Prozent, in der französischen um 6 Prozent. (...) Die Aussiedlung ist noch in vollem Gang, sie ist erst zu 60 bis 70 Prozent vollzogen. Von 485000 für Großhessen bestimmten Aussiedlern waren Mitte September (1946) 320000 eingetroffen. (...) An festgelegten Übergangsstellen kommen täglich die Transportzüge über die Grenze. Die Züge bestehen in der Regel aus 40 gedeckten Güterwagen, von rund 30 Personen mit ihrem Gepäck belegt. (...) Aufgrund einer Vereinbarung werden von je vier Zügen zwei nach Bayern, einer nach Baden-Württemberg, einer nach Großhessen dirigiert. (...) Jeder Landkreis kann wöchentlich mit der Ankunft von mindestens 400 und höchstens 1200 Ausgewiesenen rechnen. Bis heute haben die Kreis- und Gemeindeverwaltungen die schwere Aufgabe der Unterbringung zu lösen vermocht; das ist immerhin ein Beweis für eine verständnisvolle Haltung mindestens eines Teiles der eingesessenen Bevölkerung und für eine weit über den Rahmen der normalen Verwaltungstätigkeit hinausgehende Arbeitsleistung der Behörden. Inzwischen ist die Belegung an vielen Stellen jedoch so dicht geworden, daß von dem Kontrollratsgesetz Nr. 18 Gebrauch gemacht werden muß, das zwei Menschen auf einen Wohnraum vorsieht. Die Belegungsdichte Großhessens betrug im September schon 1,9 Menschen auf den Wohnraum. (...) Im heutigen deutschen Gebiet befanden sich 1939 rund 16 Millionen Wohnungen. Von diesen sind nach den Schätzungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft rund 5 Millionen zerstört und 3 Millionen so schwer beschädigt, daß sie zur Zeit nicht bewohnbar sind. Die erhalten gebliebene Hälfte des vorherigen Wohnraums ist nicht nur mit den Ostflüchtlingen und den Ausgewiesenen zu teilen. In der amerikanischen Zone hielten sich im Juli 379000 sogenannte ‚verschleppte Personen', vor allem Polen und Ungarn, in Lagern, 111000 in Wohnungen auf. Zudem treffen aus den an die Sowjet-Union abgetretenen ehemals polnischen Gebieten Tausende jüdischer Familien ein, die in der US-Zone Aufenthalt nehmen müssen. Auch die Besatzungsbehörden selbst haben Wohnraum in Anspruch genommen. In Großhessen sind die großen und größeren Städte Frankfurt, Kassel, Hanau, Fulda, Gießen, Darmstadt und Offenbach so zerstört, daß

[1] „Frankfurter Hefte" 1946, S. 863–871: „Die zehn Millionen aus dem Osten".

sie für die Unterbringung der Ausgewiesenen praktisch ausscheiden. In anderen Gebieten ist es ähnlich. (...) Die uns gestellte Aufgabe ist hart. (...) Es gibt Möglichkeiten, das Härteste zu mildern. Dabei bedarf es unseres Mutes zur Verwirklichung der christlichen und sozialistischen Grundtendenzen unserer religiösen und politischen Bekenntnisse, der aktiven Leistung unserer neuen Bürger, die sich eine Heimat erarbeiten müssen, und nicht zuletzt der einsichtigen Hilfe der Alliierten, die in unserem und im wohlverstandenen eigenen Lebensinteresse den Aufbau einer industriellen Produktion und einen hinreichenden Absatz der anfallenden Erzeugnisse fördern sollten."

*

Unzerstört stand in Frankfurt der riesige IG Farben-Gebäudekomplex. – mit Absicht in den Luftangriffen ausgespart? In ihm wurde die Zentrale der stärksten westlichen Besatzungsmacht eingerichtet: nachmals HICOG, Sitz der Verwaltung des amerikanischen Hochkommissars, der selbst in Berlin residierte. Hier, in Frankfurt, das war von Anfang an sichtbar, mußten sich die deutschen Stellen etablieren, die sehr bald die Wiederaufbau-Aktivitäten zu koordinieren hatten.

Ursprünglich beabsichtigten die Amerikaner, die Deutschen möglichst lange nur auf der untersten Verwaltungsebene zuzulassen. (Noch im April 1946 ließ USA-Außenminister James Byrnes in Paris verlauten, daß Deutschland fünfundzwanzig Jahre lang besetzt bleiben solle.) Die Absicht war indes unter dem Druck sowohl der konkreten Verhältnisse als auch des russischen Vorgehens nicht durchzuhalten. Die Sowjet-Union war wirtschaftlich und politisch an der Einheit Deutschlands interessiert; sie begann daher in ihrer Zone auf beiden Gebieten mit einer raschen Übertragung der Kompetenzen aller Stufen auf die Deutschen (der kontrollierten kommunistischen Auswahl). Bereits im September 1945 kam es infolgedessen auch in der amerikanischen Zone zur Bildung der Länder, der im Oktober die Einsetzung von Landesregierungen, anschließend die Konstituierung eines Länderrates in Stuttgart folgte.

In Hessen betraute am 15. Oktober 1945 Colonel James R. Newman, der Militärbefehlshaber – die Alliierten, repräsentiert durch die Oberkommandierenden, hatten am 5. Juni 1945 die oberste Befehlsgewalt in Deutschland übernommen –, Karl Geiler, Professor für Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht an der Universität Heidelberg, von den Nationalsozialisten amtsenthoben, mit dem Auftrag, die Landesregierung zu bilden. In einem verhältnismäßig kleinen Kreis, der aus kaum mehr als fünfzig Personen bestand, wohnte ich in Wiesbaden dem formalen Akt – einen Festakt konnte man es

nicht nennen —, unter dem Sternenbanner, das an der Stirnseite des Saales prangte, bei. Professor Geiler und der Kommandant saßen in der Mitte des länglichen Verhandlungstisches einander gegenüber. Es wurden kurze Ansprachen gehalten. Großhessens erster Ministerpräsident skizzierte die reale Situation, in der wir uns befanden. Er faßte die Schilderung in den leicht ergänzten Hamlet-Satz, auf deutsch, zusammen: „Sein oder Nichtsein, das ist jetzt die Frage". Die junge Dame, vom Amt des Militärgouverneurs beigestellt, die als Übersetzerin fungierte, kannte das Zitat nicht und gab es in der Form wieder: „Being or not being, that is now the question". Ich weiß nicht, was es zu bedeuten hatte, daß nur einige der Amerikaner schmunzelten.

Die Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht war selbstverständlich auch in Hessen nicht immer reibungslos. Zu einem besonders heftigen Zusammenstoß kam es im Zuge von Anordnungen, die auf dem Gebiete der Bildungs- und Hochschulpolitik die dafür verantwortlichen Amerikaner trafen, zwischen ihnen und dem seit dem 1. November 1945 im Amt befindlichen Kultusminister des ersten Hessischen Kabinetts, Professor Franz Böhm von der Universität Frankfurt, ebenfalls einem Verfolgten des Naziregimes. Der Konflikt führte am 16. Februar 1946 zum Rücktritt des Ministers. Aber im großen und ganzen entwickelte sich das Verhältnis gut (viel besser jedenfalls als in Bayern), und das lag, wie ich bereits hervorgehoben habe, an der fast partnerschaftlichen Verständigungsbereitschaft einer Reihe von Maßgebenden auf jeder Seite. Eine besondere Beziehung dieser Art ergab sich von Werner Hilpert und Georg August Zinn zu Mr. Samuel L. Wahrhaftig, einem der wichtigsten und gescheitesten Berater im Stab der Amerikaner in Hessen[2]. Er hat durch rechtzeitige Information und immer wieder vermittelnde Einflußnahmen wesentlich dazu beigetragen, daß man über sachliche Schwierigkeiten, die gelegentlich auch auf schematische zentrale Richtlinien zurückgingen, anders als anderswo hinwegkam. Zu erwähnen ist in solchem Zusammenhang ebenfalls Mr. Ernest S. Biberfield aus dem mehrfach erwähnten Intelligence Team. Beide Berater sind nach dem Abschluß der Militärregierungszeit in Deutschland geblieben.

*

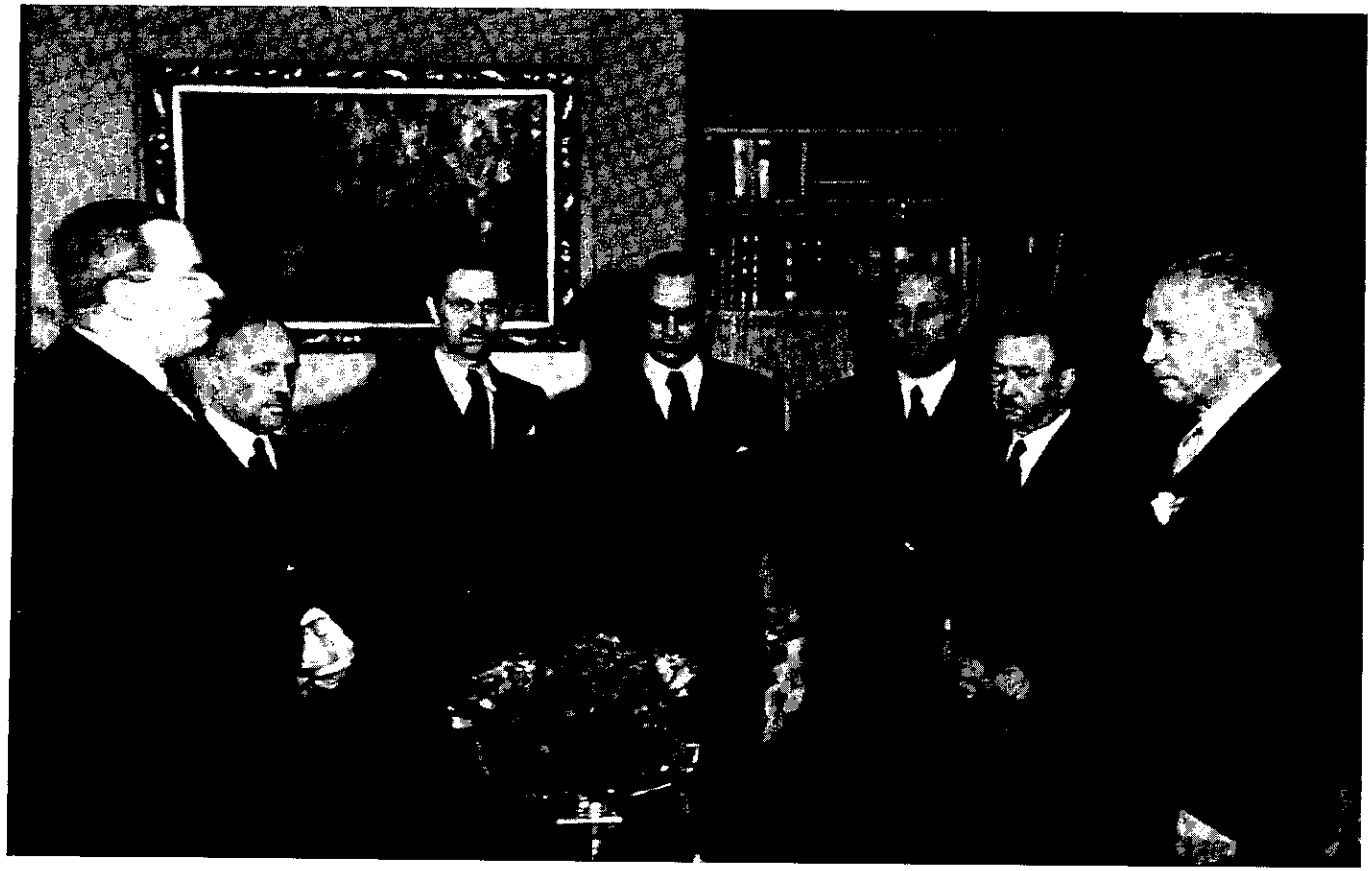
Auch die gegenüber der ursprünglichen amerikanischen Planung vorzeitige Zulassung der politischen Parteien hatte ihren Grund in der Initiative der Russen. Sie genehmigten bereits am 10. Juni 1945, noch vor der

[2] S. L. Wahrhaftig, In jenen Tagen. Marginalien zur Frühgeschichte eines deutschen Bundeslandes (Hessen), in Frankfurter Hefte: 1970, S. 785ff.; 863ff.; 1971,93ff.

Potsdamer Konferenz, in ihrer eben erst, vor nur fünf Tagen festgelegten Zone, offensichtlich um über die Gesinnungen und die Kräfteverhältnisse der Deutschen Klarheit zu bekommen, die Organisation antifaschistischer Parteien und Verbände. Gegründet wurden hierauf die KPD, die SPD, die CDU und die Liberale Partei. Dadurch erwies sich gleich vom Start der gesamten Besetzung an der Wunsch nach einer mindestens zweijährigen „Pause der Deutschen von der Politik", während derer sie sich lediglich der Verwaltungsselbsthilfe befleißigen sollten, bis über ihr Schicksal wirklich bestimmt werden könnte, unter modernen Verhältnissen an sich schon eine Illusion, als eine Fehlvorstellung von zentralen Schreibtischen und Konferenzen aus. Kaum drei Monate später verfuhr man in der amerikanischen Zone ähnlich wie in der sowjetischen, nur hießen die Parteien und Verbände, die genehmigt wurden, bei uns nicht antifaschistisch, sondern demokratisch. Sie wurden, wo es ging, zur Zusammenarbeit veranlaßt: die liberal und die christlich Firmierenden, die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Von Zeitungsgründungen bis zur Regierungsbildung galt das Prinzip der alle umfassenden Koalition einige Zeit lang als das Ideal: im Kabinett Geiler befand sich neben Werner Hilpert und Georg August Zinn der Kommunist Oskar Müller als Minister, in der „Frankfurter Rundschau" als Lizenzträger neben den beiden Sozialdemokraten Arno Rudert und Karl Gerold der Linkskatholik Karl Wilhelm Gerst und der Kommunist Emil Carlebach. In der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes", der Hilpert und Brill und ich und Carlebach angehörten, ferner Hans Mayer, auch er zum Kommunismus sich bekennend (der Literaturwissenschafter, später an die Universität Leipzig berufen, dann, nach Jahren, in die Bundesrepublik zurückgekehrt), und viele andere, in der VVN verstand sich die Zusammenarbeit aus der Lager-, der Emigrations- und der Widerstandszeit von selbst (bis der „Gesamtdeutsche Rat" der Organisation 1950 als letzte der alle umfassenden Koalitionen dem Kalten Krieg erlag).

Die im Spätherbst 1945 erfolgte Gründung der hessischen CDU, an der Walter Dirks und ich durch die „Frankfurter Leitsätze" beteiligt waren, stand im Zeichen einer doppelten Absicht und Bereitschaft zur Zusammenarbeit: zum einen zwischen den Protestanten und den Katholiken, denen es, als Schlußfolgerung aus der Erfahrung mit dem Heraufkommen des Nationalsozialismus in der Weimarer Republik und mit seiner Herrschaft dann, auf eine gründliche Erneuerung im politischen Feld und den christlichen Beitrag dazu ankam, zum andern zwischen Christen und Sozialisten, um gemeinsam zu einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Freiheit in Gerechtigkeit und Solidarität zu gelangen. Die aktuelle Situation und die

Christian Stock



Kabinett Stock (ohne G. Binder und H. Koch)

W. Hilpert J. Arndgen E. Stein G. A. Zinn K. Lorberg H. Zinnkann Chr. Stock

geschichtliche Entwicklung insgesamt erforderten es. Lapidar der Satz aus einer Denkschrift des „Deutschen Caritasverbandes" zur Flüchtlingsfrage: „Nicht nur die Agrarstruktur, sondern die gesamte Struktur der Wirtschaft und Gesellschaft bedürfen der Neuordnung und Planung am Ende der kapitalistischen Epoche in Deutschland und im Zuge der internationalen Produktionsteilung."

In einer Reihe von Aufsätzen und Stellungnahmen hat sich Walter Dirks im 1. Jahrgang der „Frankfurter Hefte" mit dem Erfordernis eines „personalistischen Sozialismus aus christlicher Verantwortung" befaßt, als dessen Ziel er „die Freiheit und Würde der Person unter den Bedingungen der arbeitsteiligen Großwirtschaft" bezeichnete. Die künftige Dynamik dieser Großwirtschaft sollte in der „Neuen Ordnung" „nicht erdrosselt, sondern gebändigt" werden, „der Existenzkampf der Klassen zur Zusammenarbeit geläutert sein, ein starkes Minimum an Plan und Disziplin die Mannigfaltigkeit des Lebens nicht zerstören, sondern eben ordnen". Der zentralen Planung war „nur so viel zuzugestehen, wie es um des Wohles des Ganzen und aller Teile willen unumgänglich erscheint". Die historische Aufgabe hieß also: „Die christlichen, die katholischen und die evangelischen Arbeiter, Bauern und Bürger, so zu führen, daß sie als wirkliche Glieder des Bündnisses den Weg zur Zweiten Republik wirklich mitgehen. Das wäre also ein Links-Kurs? Wenn man will: Ja. Aber was heißt schon ‚links'? Dieser Kurs ist ebenso sehr ein Rechts-Kurs, wenn ‚rechts' den Sinn für die Bindung, die Traditionen, das ‚Alte Wahre' andeutet. Es geht darum, aus der konservativen Grundhaltung des Christen in klarer Einsicht in das Notwendige jene not-wendenden Taten entschieden zu tun, die der konservative Mensch bisher im allgemeinen lieber den unruhigen ‚fortschrittlichen' Naturen überlassen hat"[3]. Wer wurde als der Träger der „mit Freiheit durchsetzten Wirtschaftsplanung" gedacht? „Nicht eine Clique (von Kapitalisten, Bürokraten, Parteiführern), nicht der Staat (er nur ‚federführend', jeweils vorläufig, stellvertretend und partiell), sondern das Volk." „Sozialisieren heißt nicht verstaatlichen, sondern vergenossenschaften." „Das bedeutet technisch-organisatorisch so etwas wie ‚Wirtschaftsdemokratie'. (Wir haben nicht vergessen, daß die Demokratie von 1918 auch deshalb machtlos war, weil sie nur den Staat, nicht aber die Wirtschaft zu demokratisieren unternahm.) Aber jenes schwache Wort begreift die epochale Wendung nicht ein, die das bedeutet, nicht die elementaren und tiefen Forderungen, die sie an den Menschen, seine Moral, seine Lebensführung stellt. Wir wissen ja, daß die europäischen Völker, wenn

[3] „Frankfurter Hefte" 1946/1, S. 22 und 23.

sie ihre Wirtschaft planmäßig organisieren und diesen Plan in hundert Formen und Arten im Volk verwurzeln, in eine neue geschichtliche Epoche eintreten — in die des verwirklichten Sozialismus."

Weit über Hessen hinaus ist die Christlich-Demokratische Union bei ihrer Gründung in diesem Sinne gedacht worden.

*

Am 20. und 27. Januar 1946 fanden in den kleineren Gemeinden der Amerikanischen Zone erstmals Wahlen statt. Am 28. April folgten die Städte. Am 30. Juni waren die Abgeordneten für eine „Verfassungsberatende Landesversammlung Groß-Hessen" zu bestellen. Dazwischen begann bereits in mancherlei Kreisen und Gruppen, die keinen Auftrag dazu hatten, aber über wirksame Parteiverbindungen verfügten, eine spontane Vorarbeit an der Verfassung.

Eine dieser freien Gruppierungen von Einfluß war der „*Oberurseler Kreis*". Seine Mitglieder gehörten alle mehr oder minder der eben bezeichneten Richtung der CDU an oder standen ihr nahe: so Karl Heinz Knappstein, auch er aus dem seinerzeitigen Redaktionsstab der „Frankfurter Zeitung", nach Bildung des „Befreiungsministeriums" in Wiesbaden dessen Staatssekretär, für die Bundesrepublik schließlich Botschafter in den USA und in Spanien; Hugo Stenzel, Lizenzträger der „Frankfurter Neuen Presse", und Marcel Schulte, ihr Chefredakteur; Arbeitsminister Josef Arndgen; der Leiter des Landesarbeitsamtes in Frankfurt, Valentin Siebrecht, der später in die Führung der „Bundesanstalt für Arbeit" übertrat; der Jesuitenpater Hans Hirschmann, Professor für Moraltheologie an der Philosophisch-Theologischen Lehranstalt in St. Georgen, Berater des deutschen Episkopats; Walter Dirks; Werner Hilpert und ich (wir waren mittlerweile in Oberursel ansässig geworden). In der Regel kamen wir bei Rechtsanwalt Ernst Wahl zusammen, der übergangsweise Bürgermeister der Stadt gewesen war. In seinem Haus entstanden erste Entwürfe zu Verfassungsbestimmungen, die in Hessen beispielhaft zustandegekommen sind. Ich nenne zwei: das Recht, ja die Pflicht, gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt Widerstand zu leisten (Artikel 147), sowie den ganzen Bereich der Sozial- und Wirtschaftsordnung mit den Bestimmungen über Vergemeinschaftungen, Staatskontrollen, Bodenreform, Genossenschaften und Gewerkschaften (Artikel 27—47).

Gegen den „Sozialisierungs-Artikel 41", der den Bergbau, die Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft, das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen, die Großbanken und die Versicherungen betraf, hatten die Amerikaner Bedenken. Sie verlangten,

daß beim Volksentscheid am 1. Dezember 1946 darüber gesondert abgestimmt wurde. Der Artikel erhielt 72 Prozent Ja-Stimmen (die übrige Verfassung 76,8 Prozent). 1950 scheiterte im Landtag indes die Ausführungsgesetzgebung: Wirtschaftsminister Harald Koch hatte als Träger des Gemeineigentums „Sozialgemeinschaften" vorgeschlagen, — sie wurden, weil eine Abgeordnete, die dafür war, sich auf Hochzeitsreise begeben hatte, bei Stimmengleichheit abgelehnt: mit 41 zu 41 kam der Artikel 41 zu Fall[4].

*

Von dem Geist, in dem die Arbeit an der Verfassung des Landes Hessen geleistet wurde, ist manches auf die Gremien übergegangen, die 1948/49 die Verantwortung für die Ausarbeitung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland übernahmen, — schon infolge einiger Personalunionen: Heinrich von Brentano beispielsweise gehörte sowohl der „Verfassungsberatenden Landesversammlung" und deren Verfassungsausschuß an, noch ehe er Fraktionsvorsitzender der Hessischen CDU war, als auch, vom 1. September 1948 an dem Parlamentarischen Rat in Bonn, Er war aber bereits 1947 im „*Ellwanger Kreis*" der CDU/CSU tätig, der wiederum Werner Hilpert zu seinen Führungsmitgliedern zählte. Dort entstand, nachdem am 7. Juni 1947 in München bei einer Zusammenkunft der Ministerpräsidenten aller deutschen Länder einschließlich derer aus der Sowjetisch Besetzten Zone der Versuch gescheitert war, sich auf einen zentralisierten Einheitsstaat zu einigen — den im übrigen weder Frankreich noch auch die USA hingenommen hätten —, der erste Gesamtentwurf einer „westdeutschen" Verfassung.

Wir waren samt und sonders Föderalisten. (In „Zwölf Thesen" brachte es der „*Nauheimer Kreis*" von Ulrich Noack, Professor aus Greifswald, zum Ausdruck.) Berlin war die gedachte, später proklamierte Hauptstadt des wieder zu vereinigenden Deutschland, eine praktisch nicht zu verwirklichende Forderung, hingegen Frankfurt die realistische Wahl. Die Stadt, so schrieb ich schon im April 1946, „hat eine große demokratische, eine deutsche und eine weltbürgerliche Tradition. Es liegt an mannigfachen Nahtstellen einer föderalistischen Republik. Wir halten die Losung für trefflich: 1948 zur Jahrhundertfeier des frankfurter Versuchs einer deutschen Demokratie das Bundesparlament in der wieder errichteten Paulskirche, die Bundesregierung, wenn möglich, im IG Farbengebäude"[5]. Der Bundes-

[4] Stenographischer Bericht der 1. Landtagssitzung vom 25. Oktober 1950, S. 3150.
[5] „Frankfurter Hefte" 1946/1, S. 7.

präsident, so meinte man, hätte seinen Sitz im Schloß zu Bad Homburg erhalten sollen.

1948 hat der frankfurter „Hauptstadt"-Beauftragte eine Schrift „Die Bundesorgane in Frankfurt" vorgelegt, derzufolge 3 883 Büroräume mit 98 050 Quadratmetern Nutzfläche sofort und nach kurzer Instandsetzungsfrist weitere 300 Büroräume mit 7 000 Quadratmetern zur Verfügung gestellt werden konnten. Die Kosten wurden mit 145 472 000 Mark (vor der Währungsreform) angegeben. (Das „Provisorium Bonn" hat allein bis Anfang 1950 an die 500 Millionen neue Mark gekostet.)

Erich Köhler (CDU), damals Präsident des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (und später erster Präsident des Deutschen Bundestages), plante den Umbau der Pädagogischen Akademie am frankfurter Dornbusch zum Sitz des Bundesparlaments: er ließ die Säulen der Eingangshalle in Gold streichen.

Von allen diesen Absichten ist nur die Farbe in der Eingangshalle des Hauses, das der Hessische Rundfunk erhielt, geblieben. Mit Bonn bei Rhöndorf hat Konrad Adenauer über Frankfurt als Hauptstadt gesiegt.

*

Es hieße, jene Jahre in der Erinnerung verklären, wenn man es so darstellen wollte, als wäre die verfassungsrechtliche Grundlegung sozusagen eine Herzenssache des Volkes gewesen. Davon konnte nicht die Rede sein. Jahre hindurch, bis zum vollen Erstehen der Bundesrepublik, lebten die Menschen inmitten von nur notdürftig oder noch gar nicht aufgeräumten Trümmerbergen, man hungerte und fror und suchte, so schlecht und recht es eben ging, mit der Bewältigung der Tagessorgen zu Rande zu kommen. „Angesichts der uns allen bekannten völligen Unzulänglichkeit der Zuteilungen rationierter Lebensmittel muß man sich fragen," so schrieb ein Arzt noch im April 1948, „wie es zu erklären ist, daß die Mehrzahl der Deutschen noch nicht verhungert ist. Auch die verschiedenen Ernährungszulagen für Werktätige und Kranke entsprechen ja bei weitem nicht den zureichenden Sätzen. (...). Da kein Mensch in Deutschland bloß mit den Zuteilungen auf Karten auskommen kann, sieht sich jedermann genötigt, sich nach Möglichkeit zusätzliche Lebensmittel zu beschaffen. Wie dies im einzelnen geschieht, das ist so überaus verschieden, daß man zunächst kaum durchsieht"[6].

Es waren die verschlungenen, alle Produktions- und Verteilungsbereiche durchziehenden Pfade des Schwarzen Marktes, die, in einem Dschungel

[6] „Frankfurter Hefte" 1948/4, S. 325 (–334).

von Ungerechtigkeiten, die Versorgungen außerhalb der staatlichen Rationierungen möglich machten. Ich erinnere mich, daß ich zu der Zeit, als General Lucius D. Clay gegen die Bauern den drohenden Satz – vergeblich – sprach: „Noch habe ich eine Armee!", für eine Rede, die ich in Offenbach hielt, mit einem halben Zentner Kartoffeln honoriert wurde, der die Familie daheim vor Glück erstrahlen ließ. Ein andermal kam, wie der Weihnachtsmann persönlich, überraschend ein Benediktinerpater aus Brasilien in Oberursel an, der sage und schreibe einen Sack Rohkaffee über die Schulter gelegt mitbrachte – von Johannes Schauff (Berater des Internationalen Päpstlichen Flüchtlingswerkes), dem ich 1933 bei der Emigration aus Deutschland behilflich gewesen war und der erfahren hatte, daß ich lebte. Man kann sich heute nicht vorstellen, was das Geschenk für lange Zeit an Tauschmöglichkeiten bot.

Viel mehr als die Hilfen waren indes die Gegensätze kennzeichnend. „In einer außerordentlichen Notzeit", so stellte sich uns die Wirklichkeit dar, „wird ein unerbittlicher, nackter Interessenkampf geführt – zwischen den Habenden und den Nichthabenden, an allen Ecken und Enden in Deutschland: in den Betrieben, in den Gemeinden, in den Landkreisen, teilweise sogar in den Familien". Jenem Lagebericht des Arztes war die Bemerkung vorangestellt, „daß sehr viel schon sehr wesentlich gebessert würde, wenn mehr Menschen jedes Berufes gerade jetzt sich auf ihre ernste und ernstzunehmende Verantwortung gegenüber ihrem eigenen Volk besinnen wollten. Geschieht das endlich, dann kommen wir der einzigen Rettung: einer zureichenden, geordneten Erzeugung und Verteilung wirtschaftlicher Güter, rascher näher und beseitigen außerdem das Ärgernis, das eine Nation gibt, die Gerechtigkeit braucht, sie aber in den eigenen Reihen selbst nicht gewährt." (Die Auflage der „Frankfurter Hefte", durch den Papiermangel beschränkt, betrug 70 000, die Leserschaft ein Mehrfaches.)

Um die immer unerträglicher werdenden Verhältnisse zu ändern – Jahre nach den Jahren des Krieges, und welchen Krieges! –, bedurfte es einschneidender Reformen der Wirtschafts- und Sozialverfassung. Das „Grundgesetz" Hessens formulierte die Prinzipien; sie erfaßten die Wirklichkeit noch nicht. Im Juni 1947 wurde für die Amerikanische und die Britische Zone in Frankfurt der Wirtschaftsrat geschaffen. Mit diesem Ansatz zur Einrichtung einer übergreifenden deutschen Verwaltung war es allerdings nicht getan, – auch so tüchtige Organisatoren wie der aus Thüringen nach Hessen gekommene Heinrich Troeger, ehemals 1. Bürgermeister in Neusalz an der Oder, konnten vorerst nur bemüht sein, Voraussetzungen für eine hoffentlich zureichend folgende Güterproduktion

und -verteilung zu schaffen. (Troeger war 1946 Ministerialdirektor im Hessischen Finanzministerium, er wurde von dort aus Generalsekretär des Exekutivausschusses des Wirtschaftsrates, ein Jahr darauf Generalsekretär des Länderrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes — der Doppelzone —, 1949 Finanzminister von Nordrhein-Westfalen und war von 1951 bis 1956 der Finanzminister Hessens, dann Präsident der Hessischen Landeszentralbank, am Ende Vizepräsident der Deutschen Bundesbank.) Weder konnten die Zuständigkeiten zwischen den Alliierten einerseits, den Alliierten und den Deutschen anderseits von vornherein klar abgegrenzt werden, noch war der Unterbau der Verwaltung in der Amerikanischen, der Britischen und der schließlich hinzugekommenen Fränzösischen Zone gleich. „Man kann den ‚Wiederaufbau der Zonen', der zu den Aufgaben des Wirtschaftsrates gehört," schrieb ich in den „Frankfurter Heften" vom Februar 1948, „nicht ‚leiten' — oder ‚lenken', wie es an einer anderen Stelle heißt —, wenn die Kohlenwirtschaft in deutschen, die Eisenwirtschaft in englischen Händen liegt, oder wenn, um aus der Menge der Probleme ein weiteres nur zu nennen, die Deutschen beim Einkauf notwendiger Güter im Ausland nicht wenigstens mitzubestimmen haben."

Die Stimmung im Lande wurde von Monat zu Monat kritischer. Ressentiments von vielerlei Art begannen die zur gleichen Zeit nicht endenden Hilfeleistungen der Amerikaner in ihrer Bedeutung zu überwuchern. Aus dem „Verwaltungsdirektorium für Landwirtschaft und Ernährung" in Frankfurt wurde einer der führenden Männer dort, Direktor Christian Semmler, entfernt, weil er den Mais, den die USA zur Überwindung der ärgsten Not zur Verfügung stellten, „Hühnerfutter für die Deutschen" genannt hatte.

Die Verhältnisse besserten sich erst, als das in der Nähe von Kassel versammelte „Konzil" von amerikanischen und deutschen Fachleuten für den 20. Juni 1948 die Währungsreform verfügte und einen Monat später die Doppelzone am Marshallplan beteiligt wurde.

Es war eine kapitalistische Reform, die dekretiert wurde: Wer Sachwerte besaß, bis zu welchem Umfang und welcher Höhe immer, behielt sie, jedermann sonst bekam 40 D-Mark „Startkapital" zugeteilt. Eine über Jahre hin zu leistende Lastenausgleichs-Abgabe der Sachwerteigentümer und die Absicht, nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger am Ertrag der verfügten Wirtschaftsweise, der erwartet wurde, „angemessen" teilnehmen sollten, veranlaßten Hermann Pünder, den Oberdirektor des Zweizonen-Wirtschaftsrates (er war von 1926 bis 1932 Staatssekretär der Reichskanzlei gewesen), das System, das so gemeint war und das so entstand, „Soziale Marktwirtschaft" zu nennen. Ludwig

Erhard, Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, übernahm die Bezeichnung und popularisierte sie.

*

Der Geburtsfehler der neuen Demokratie in Westdeutschland, den auch die besten Landesverfassungen und 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nicht zu beseitigen vermochten — vollständig nicht einmal die gesellschaftlichen Veränderungen im Verlauf der Jahrzehnte seither —, war die verfehlte Entnazifizierung. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß es der perfektionistisch ausgedachte Schematismus der Säuberung war, der das Scheitern verursacht hat. In Ausführung der Potsdamer Beschlüsse hat die Kontrollratsrichtlinie Nr. 24 die fünf Kategorien „Hauptschuldige, Schuldige, Minderbelastete, Mitläufer und Unbelastete" festgelegt, von denen die vier ersten zu bestrafen waren — mit Geld- oder Sachwertabgaben, mit Berufsverbot auf Zeit oder für immer, mit Arbeitslager (bis zu zehn Jahren). Alle erwachsenen Deutschen hatten sich nach diesem Schema, aufgrund ausgefüllten Fragebogens, zu rechtfertigen: zu beweisen, daß sie „nicht schuldig" waren. Es kam zu endlosen Verwirrungen, Täuschungen, Ungerechtigkeiten und Verbitterungen auf allen Seiten.

Rasch zeigte sich, daß eine parlamentarische Demokratie selbstverständlich nicht von einer Minderheit gegen eine kollektivschuldige und zu bestrafende Mehrheit aufzubauen war, — die wieder zugelassenen Parteien mußten sich ja um die Wählerstimmen bemühen, die Verwaltung, die Exekutiven, die Wirtschaft, das Gesundheitswesen, die Schulen brauchten die Fachleute.

Bereits im Dezember 1945 versuchten wir, in Hessen sowohl als auch in Bayern, zu erreichen, daß die Verfahren den Deutschen selbst überlassen wurden. Einer der besten und sachkundigsten Mitarbeiter an den Entwürfen, die im Februar 1946 beim Länderrat in Stuttgart zu einer deutschen Regelung ausgearbeitet wurden, war Adolf Arndt, Ministerialrat im Hessischen Justizministerium (von 1949 an als SPD-Bundestagsabgeordneter einer der führenden Staatsrechts-Juristen der Zweiten Deutschen Republik). Die Amerikaner sahen ein, daß sie mit der Sache unmöglich auch nur einigermaßen befriedigend fertig werden konnten. (Seit November 1945 lief in Nürnberg der Internationale Kriegsverbrecherprozeß, — die generalisierende Kollektivschuldanklage weckte überall im Lande zusätzlich die „Aufrechnungs"-Emotionen.) Am 5. März 1946 übertrug in der US-Zone das deutsche „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" die Urteilskompetenz an deutsche Spruchkammern, die von

„Ministerien für politische Befreiung" einzurichten waren. Nur: der Einstufungsschematismus blieb auf Veranlassung der Besatzungsmacht bestehen.

Die Situation war so verfahren, daß der „Vorläufige Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland" meinte, auch gegen das Gesetz vom 5. März Einwände geltend machen zu müssen. Das an die amerikanische Militärregierung in Berlin gerichtete Schreiben zirkulierte alsbald in weiten Kreisen. Adolf Arndt nahm ausführlich Stellung[7]; hier einige markante Stellen daraus:

„Es verdient Hervorhebung, daß die amerikanische Delegation von einem frommen Katholiken, Mr. Fahy, Chef der amerikanischen Rechtsabteilung beim Kontrollrat, geführt wurde und ebenso die deutsche Delegation ganz überwiegend aus kirchentreuen, bekennenden Christen beider Konfessionen bestand, was insbesondere von Minister Dr. Beyerle und Ministerialdirektor Dr. Goegler für Württemberg, von Ministerialrat Dr. Neuburger für Baden, den Staatssekretären Dr. Pfeiffer und Dr. Ehard sowie Ministerialrat Dr. Römer für Bayern und unter den hessischen Mitgliedern von mir gelten muß. Ebenso verdient Hervorhebung, daß die Länderregierungen von Bayern, Württemberg-Baden und Groß-Hessen, in denen alle vier Parteien vertreten sind, einstimmig das Gesetz gebilligt haben.

Die Dinge dürfen nicht auf den Kopf gestellt werden: die Kontrollratsrichtlinien beschränken sich darauf, nach *formellen* Merkmalen Personengruppen zusammenzustellen, die als Nationalsozialisten oder Militaristen *gelten* sollen, während das deutsche Gesetz *materielle* Tatbestände und ein geordnetes Verfahren schafft, um im Einzelfall zu erweisen, wer politisch belastet *ist*. Grundauffassung des deutschen Gesetzes ist es also, um der Gerechtigkeit willen gegenüber dem Schein das Sein, gegenüber der Vermutung die Wahrheit zum Siege zu führen. Gegen diese Grundauffassung kann die Kirche keine Bedenken erheben.

Die Kirche macht geltend, das Gesetz erschüttere das Rechtsempfinden, weil es heute Handlungen und Gesinnungen verurteilt, die vom damaligen Gesetzgeber als rechtmäßig und gut eingeführt worden seien. Die Eingabe verwechselt hier Recht und Gesetz. Es gibt ewiges Recht, das durch kein Gesetz zunichte gemacht, und bleibend Unrecht, das durch keine Satzung zu Recht gemacht werden kann. Das war und ist eine Grundlehre der katholischen und der lutherischen Kirche. (...) Es ist ein Grundfehler, gegen bleibendes, wieder zur Geltung gekommenes Recht sich berufen zu wollen

[7] „Frankfurter Hefte" 1946/5, S. 35–46: „Die Evangelische Kirche und das Befreiungsgesetz".

auf Einschätzungen eines früheren Gesetzgebers, noch dazu eines ‚Gesetzgebers', von dem die Kirche in ihrer Eingabe selbst anerkennt, daß er ‚die ganze Staatsgewalt in den Dienst des Unrechts gestellt' habe und ‚seine Grundsätze und ihre Anwendung immer von neuem zu Verbrechen führen' mußten. Wer eine solche Rechtfertigung zuließe, *der* erschütterte das Rechtsempfinden. Denn es verstößt nicht nur gegen die Gesetze der Logik, sondern auch gegen die der Moral, wollte man bei Verwirklichung der Gerechtigkeit die Einschätzung eines ‚Gesetzgebers', der ein Verbrecher war, zum Ausgangspunkt nehmen. (...)

Um die internationale Tragweite des Befreiungsgesetzes zu ermessen, muß man sich vor Augen halten, daß dem satanischen Wort des früheren ‚Reichsleiters' Buch, der Jude sei kein Mensch, im Ausland das ebenso infernalische Wort gegenüberstand, nur der tote Deutsche sei ein guter Deutscher. Die Genehmigung dieses Gesetzes anerkannte jetzt implicite, daß die Deutschen selbst befähigt und gewillt sind, in einer Art Selbstgericht sich von denen zu befreien, die für Nationalsozialismus und Militarismus verantwortlich sind; daß es sich dabei um eine kleine Minderheit von Deutschen handelt."

Die Grundauffassung, von der, nach der zutreffenden Darlegung Arndts, das Gesetz getragen war, ließ sich in politischen Erfolg indes nicht umsetzen. Bei den wirklichen Verantwortlichen handelte es sich in der Tat um „eine kleine Minderheit von Deutschen", vor die Spruchkammern aber mußten nicht nur sie. Außerdem zeigte sich: Wer von den wirklich Schuldigen, welchen Grades immer, sein Verfahren, mit welchen Mitteln immer, lange genug hinauszuschieben vermochte, kam im Ablauf der Zeit billiger davon. Erst 1955 ging die Geltung des Gesetzes unter weitreichend veränderten Voraussetzungen zu Ende.

In Hessen hat insbesondere Kurt Oppler – wir arbeiteten in der VVN zusammen – (1948/49 zum Leiter des Personalamtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes bestellt, nach Gründung der Bundesrepublik ihr Botschafter in Schweden und in den Niederlanden) durch Kontaktpflege sehr dazu beigetragen, daß in den Spruchkammern so viel Gerechtigkeit zustande kam, wie sich nur eben erreichen ließ. „Das Recht auf den politischen Irrtum", das ich in einer von allen Verteidigungsanwälten dann zitierten Stellungnahme formuliert hatte, ließ Oppler stets gelten, betonte aber auch „die Pflicht zur Information", deren Miterfordernis ich verlangt hatte und die von den meisten geflissentlich außer Betracht blieb.

Nach Einrichtung des Befreiungsministeriums in Wiesbaden baten mich Gottlob Binder, der Minister, und sein Staatssekretär, wie erwähnt, Karl Heinz Knappstein, doch das Lager in Darmstadt aufzusuchen, wo mehrere

tausend SS-Leute interniert waren, und zu sehen, wie es um die Möglichkeit bestellt sei, bei ihnen allenfalls „geistige Entnazifizierung" zu bewirken. Ich brachte mit 25 „Abgesandten" der Lagerinsassen in einem ihrer Zelte zwei Tage und die halben Nächte in Debatten über den „SS-Staat", das System der Konzentrationslager — das die meisten von der Waffen-SS in den Einzelheiten nicht gekannt hatten —, das „Dritte Reich" und den Nationalsozialismus insgesamt zu, — nicht ohne Erfolg, wie mir schien. Mein Eindruck war, daß es nicht aussichtslos zu sein brauchte, mit einer erheblichen Anzahl dieser Internierten eine gewisse Grundübereinstimmung zu erzielen, aus der sich vielleicht — mehr als mit manchen Mitläufern nun der Demokratie — ein Stück positiver politischer Zukunft entwickeln ließ. Wo aber waren die Kräfte für solch eine Aufgabe? Wer hatte, bei allen den anderen Aufgaben, die bewältigt werden mußten, die Zeit dazu?

*

Der öffentlichen Meinungsbildung mußte besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden — prinzipiell ohnehin, da es ja um Demokratisierung ging, erst recht angesichts der Fülle von Schwierigkeiten in der konkreten nachkriegsdeutschen Entwicklung.

Die Politik der amerikanischen Besatzungsmacht, den Zugang zur Herausgabe von periodischen Druckschriften, von Zeitungen und Zeitschriften also (auch zur Herausgabe von Büchern und Broschüren), sowie zum Rundfunk durch eine streng gehandhabte Lizenzerteilung zu regulieren, mit der für die Tagespresse überdies die Zuweisung von Druckereien verbunden war, ein bedeutender ökonomischer Vorteil somit, ist damals von Gegen- und Andersinteressierten viel kritisiert worden. Mir scheint sie, im ganzen genommen, notwendig und richtig gewesen zu sein. Sie hat erreicht, daß nur Personen bewährt antinazistischer Gesinnung in die Schlüsselpositionen der öffentlichen Meinungsbildung kamen. Den Mißhelligkeiten, die sich in den meisten anderen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und staatlichen Bereichen durch die teils unvermeidliche, teils bewußt bewerkstelligte Hereinnahme auch aktiver „Ehemaliger" einstellten, fehlte auf dem Gebiet der Presse und des Rundfunks die Möglichkeit. Ferner ist durch die Überlassung der Druckereien an die Lizenzträger hier jedenfalls verhindert worden, daß der kapitalistische Produktionsmittelbesitz unangebrachte Abhängigkeiten schuf. Die Nachrichtengebung, das Kernstück der Information in den Demokratien, wurde als Gemeinschaftsaufgabe der Lizenzpresse organisiert: in Bad Nauheim entstand die „DANA" (Deutsche Nachrichten-Agentur), aus der nachmals, mit Sitz dann in Hamburg, die „dpa" (Deutsche Presse-Agentur) hervorgegangen ist.

Man kann sagen, daß diese Lizenzpolitik der Amerikaner nach der nazistischen Periode der totalen Manipulation der öffentlichen Meinungsbildung wieder die Voraussetzungen für ein gediegenes journalistisches Bewußtsein der Unabhängigkeit, der Kritik und der Verantwortung geschaffen hat. Für den Rundfunk wurde die Organisationsform der „Öffentlich-Rechtlichen Anstalt" vorbereitet, in der alle gesellschaftlich bestimmenden Kräfte zur Mitwirkung an der Programmgestaltung Vertretung erhielten. (Die Übernahme des Prinzips der parteipolitischen Parität in der Stellenbesetzung, die die übrigen Beteiligten nicht hätten hinzunehmen brauchen, ist am Hessischen Rundfunk weniger markant erfolgt als an einigen der anderen Sender.)

Mit der Landesregierung in Wiesbaden ergab sich von vornherein eine ausgezeichnete, auf Information und Freimut beruhende Zusammenarbeit. Sie ist unter den Ministerpräsidentschaften von Georg August Zinn (10. Januar 1951 bis 2. Oktober 1969) in der Person seines Vertrauensmannes für die Verbindung mit den Medien, des aus Leipzig nach Hessen gekommenen erfahrenen Pressemannes Fritz Bartsch, auf das beste und wirksamste gewissermaßen, ohne zum Amt zu werden, institutionalisiert worden. Nicht nur in dem Eckzimmer, das er im gleichen Stockwerk der Staatskanzlei wie der Ministerpräsident und der Staatssekretär innehatte, — in vielen Weinstuben Hessens, als es uns wieder gutzugehen begann und ging, hat Fritz Bartsch vorzügliche demokratische Vermittlungsarbeit geleistet.

Im Spätsommer und Herbst 1948 war eine Gruppe von Journalisten und Publizisten, aus Hessen der Herausgeber der Monatsschrift „Die Wandlung", Dolf Sternberger, und ich mit dabei, drei Monate lang, eingeladen von der Rockefeller Foundation und der Columbia-Universität, in den Vereinigten Staaten zum Studium der Presseverhältnisse dort.

Diese Reise gehörte zu den seit Ende 1947 sich allmählich verändernden Aktivitäten der amerikanischen „reeducation"-Politik. Die Anordnungen und Belehrungen, von denen sie in den ersten zweieinhalb Jahren bestimmt gewesen war, machten mehr und mehr einer Kooperation Platz, die sich auf Erfahrungs- und Meinungsaustausch gründete. Sie wurde besonders in der Reaktivierung der Hochschulen wirksam.

Zu deren Erneuerung hatte bereits in der allerersten Nummer der „Frankfurter Hefte" (April 1946) Clemens Münster (Physiker, von den Amerikanern aus dem Zeiss-Werk Jena nach dem Westen gebracht, 1948 Mitherausgeber unserer Zeitschrift, 1953 wurde er Fernseh-Direktor des Bayerischen Rundfunks in München) geschrieben: „Die Idee einer Universität kündigt sich an, deren Ziel wieder der ‚ganze Mensch' ist, welchem Ziel das Fach-

studium nicht weniger dient als die mit ihr lebendig verbundene universale Bildung. Eine Universität als eine relativ selbständige Körperschaft, die den Raum für freie Forschung und Lehre bildet, und zugleich als eine Staatsanstalt, die den Studenten zum Diener des ganzen Volkes erzieht, und dies nicht trotz, sondern wegen ihrer relativen Eigenständigkeit. Eine Universität, die vielleicht konservativ, aber keinesfalls reaktionär ist, die nicht nur für den begabten Arbeiter offen ist, sondern deren Studenten auch dann Arbeiter sind, wenn sie nicht dem Arbeiterstande entstammen. Eine Universität, die das National-Sein als eine Verwirklichung des Human-Seins und das Human-Sein als höchste Weise des National-Seins begreift und offen ist für die übernationalen geistigen Werte und Beziehungen. Sie wird auch nicht unpolitisch sein, im Gegenteil einen gewichtigen Beitrag zur Legierung von Geist und Politik leisten, aber als Ort der Vorbereitung, nicht des Handelns. Eine solche Planung ist nur denkbar von einem klar gesehenen Menschenbild her, das ebenso dem Wesen wie der heutigen Ausprägung des Menschen entspricht."

Die Aufgabe, vor der, nach der kurzen, im Konflikt beendeten Amtszeit Franz Böhms, die beiden ersten Kultusminister Hessens: Erwin Stein (6. Januar 1947 bis 9. Januar 1951; von 1951 an bis 1971 Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe) und Ludwig Metzger (10. Januar 1951 bis 2. Dezember 1953) zusammen mit den sich neu konstituierenden Fakultäten standen, war eine der am schwersten zu bewältigenden: Die aus dem Krieg Heimgekehrten, aus der Kriegsgefangenschaft Heimkehrenden, die ihr Studium hatten unterbrechen müssen, die Jahrgänge, die nun hinzukamen, drängten sich vor den zertrümmerten Eingängen zu den Hochschulen, – es mußten die Baulichkeiten, vorerst wenigstens notdürftig, ehe an neue Hörsäle, neue Laboratorien zu denken war, instandgesetzt, die Lehrkörper teils ergänzt, teils erneuert werden. Das eine wie das andere erforderte gleichermaßen die vielfältigste Energie und Umsicht. (Dazu landauf, landab die gesamten übrigen Schulprobleme, angefangen vom Lehrpersonal, das die Besatzungsmacht besonders genau unter die Lupe nahm, bis zu den Lernmitteln, die entweder nicht mehr vorhanden oder untauglich geworden waren.) Glücklicherweise übernahmen Professoren, die ihrerseits gute Beziehungen zu den Bildungsoffizieren der Besatzungsmacht hatten, mit die Initiative, so beispielsweise im Rektorat an der Frankfurter Johann Wolfgang Goethe-Universität Walter Hallstein, der Ordinarius für Internationales Privatrecht. (Erst 1950 berief ihn Konrad Adenauer als Staatssekretär zu sich in das Bundeskanzleramt und dann in das Auswärtige Amt.) Eine beachtliche Liste von Namen wäre hier zu nennen.

In Frankfurt erwies es sich als ganz besonders förderlich, daß Max Horkheimer und Theodor W. Adorno aus der Emigration zurückgekehrt waren und ihr vormaliges, in den USA weitergeführtes „Institut für Sozialforschung" wieder errichteten. Sie verfügten über die geeignetsten amerikanischen Beziehungen, sie bewogen bedeutende Gelehrte und Bildungspolitiker, auf mannigfache Weise helfend miteinzugreifen, – ich nenne nur Robert M. Hutchins von der Universität Chicago und lediglich eines seiner Werke: „Education for Freedom". Horkheimer und Adorno haben, wann immer sie es für erforderlich hielten oder man es von ihnen erwartete, Wege gewiesen und Wege eröffnet. Über das bundesweite und internationale Renommee, das ihre „Schule der kritischen Theorie" zum „historischen Verlauf der gegenwärtigen Epoche" Frankfurt zusätzlich verschafft hat, braucht kein Wort verloren zu werden.

Vorbereitende Gespräche haben im Oktober 1949 dazu geführt, daß Kultusminister Erwin Stein und Georg August Zinn als damaliger Justizminister nach Waldleiningen im Odenwald die Rektoren aller wissenschaftlichen Hochschulen in Westdeutschland und Berlin, zahlreiche Professoren und einige andere Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland zu einer Konferenz einluden, auf der die Errichtung ordentlicher Lehrstühle für die „Wissenschaft von der Politik" erörtert werden sollte[8]. (Die Bezeichnung „Politologie" ist von Hermann Brill geprägt worden; sie hat sich im allgemeinen Sprachgebrauch mittlerweile durchgesetzt). Das Hessische Kabinett war vorangegangen und hatte die Errichtung je eines dieser Lehrstühle in Frankfurt, Marburg und Darmstadt bereits im Mai 1948 beschlossen. „Daß Politik nicht als Wissenschaft gelehrt werden könne," schrieb ich zur *Waldleininger Initiative*, die nach und nach über Hessen hinaus beachtlichen Erfolg zeitigte, „wird durch den jahrzehntelangen erfolgreichen Unterricht der ‚sciences politiques, économiques et sociales' in Frankreich und durch die Tatsache widerlegt, daß in den USA nicht weniger als 4 500 Lehrkräfte an den dortigen Hochschulen ‚Political Science' vortragen, daß 80 Prozent der amerikanischen Studenten aller Fakultäten die Einführungsvorlesungen darüber hören. (...) Eine andere Frage ist es, ob diese Disziplin für die Hörer aller Fakultäten sofort zum Pflichtfach und zum Prüfungsgegenstand gemacht werden soll. Man kam in Waldleiningen zu der Auffassung, daß man in jedem Fall beginnen müsse; die Erfahrungen in einigen Jahren, so rasch wie möglich, werden zeigen, wie weit man gehen kann und soll. Vorerst sind wir leider nicht einmal sehr reich an geeigneten Lehrkräften." (An der Technischen Hochschule Darmstadt trug Ludwig Bergsträßer vor,

[8] E. Kogon, Die drei Lehrstühle für Politische Wissenschaft in Hessen, in: Hessen – Kultur und Wirtschaft, Herausg. G. A. Zinn, Wiesbaden, 1952, S. 187f.

1946 der Vorsitzende des Verfassungsausschusses; von ihm übernahm ich, nachdem der ordentliche Lehrstuhl errichtet war und die Fakultät für Kultur- und Staatswissenschaften mich berufen hatte, den Auftrag.) „Die Rektorenkonferenz wird sich mit den Vorschlägen befassen," fuhr ich in meinem Bericht über Waldleiningen fort. „Der Erfolg wird, wie in so vielen anderen Fällen, von der wirksamen Fortführung der bereits begonnenen praktischen Initiative abhängen. Wir begrüßen sie. Denn das politische Nervensystem des deutschen Volkes und seiner zur Führung auf allen öffentlichen Gebieten berufenen Staatsbürger, ihr politisches Sensorium bedarf dringend der Verbesserung. Je feiner es sich entwickelt, je mehr es instandgesetzt wird, qualifiziert zu reagieren, je tiefer die politische Einsicht und je weiter der politische Wissenshorizont wird, um so nachhaltiger wird die positive Wirkung für das Gedeihen der deutschen Demokratie sein"[9].

In diesem Zusammenhang verdienen die „*Hessischen Hochschulwochen für staatswissenschaftliche Fortbildung*" noch hervorgehoben zu werden. Sie waren das Ergebnis der gleichen Erwägungen, die das Hessische Kabinett veranlaßt haben, die Mittel zu bewilligen, die es erlaubten, die drei ordentlichen Lehrstühle für Politische Wissenschaft (...Wissenschaftliche Politik) zu errichten. Halbjährlich wurde es von Oktober 1952 an — Hermann Bach war Leiter der Staatskanzlei (1. August 1949 bis 30. Januar 1963) — jeweils bis zu zweihundert Angehörigen des gehobenen und des höheren Staatsdienstes ermöglicht, an einem der Kurorte Hessens von kompetenten Fachkräften der Bundesrepublik Deutschland sich über zentrale Themen der gesellschaftlichen Entwicklung unserer Zeit informieren zu lassen. Die Leitung der Vorarbeit und der Ausführung hatte vom Beginn der Initiative an Susanne Kriebel, Oberregierungs-/Ministerialrätin im Landespersonalamt. Die bei den „Hessischen Hochschulwochen für staatswissenschaftliche Fortbildung" bis April 1973 gehaltenen Vorträge sind in 75 Sammelbändchen erschienen, — eine Fundgrube demokratisch-praktikablen Wissens.

*

Bleibt als letzter — nicht geringster — Beitrag Hessens zu erwähnen, was während der Besatzungszeit sowie unmittelbar anschließend hier und von hier aus zur Politik der Europäischen Einigung beigetragen worden ist.

Der deutsche Verband „Europa-Union" war bald nach den beiden Reden gegründet worden, die Winston Churchill im März 1946 in Fulton (USA), im September des gleichen Jahres in Zürich gehalten hatte: er erklärte

[9] „Frankfurter Hefte" 1949/11, S. 906.

einen Zusammenschluß der europäischen Staaten nicht nur für wünschenswert, sondern für unerläßlich. Im amerikanischen Besatzungshauptquartier bestanden keine Einwände dagegen, daß wir uns der Teilnahme an dieser Idee und Absicht und Notwendigkeit hingaben. Hilpert, Brentano, Hallstein, viele andere bekundeten ihre Sympathie und Zustimmung. Der neugegründete Verband trat der internationalen „Union Européenne des Fédéralistes" mit Sitz in Paris bei. Ich wurde, wohl vor allem wegen der aus der Lagerzeit bestehenden Auslandsverbindungen und meiner Kontakte zu den Amerikanern, an die Spitze des Präsidiums gewählt.

In den Reihen des westlichen antifaschistischen Widerstandes war man sich frühzeitig darüber im klaren, daß es mit der Vollsouveränität der Nationalstaaten ein Ende hatte. Wir meinten, ohne die Weltkonfrontation der Herrschaftssysteme vorauszusehen, daß nach dem totalen Machtverlust, der dem Zusammenbruch des Dritten Reiches folgen mußte, der Einbezug Deutschlands in eine gesamteuropäische Union nicht sonderlich schwierig sein würde. Es sollte mit dem Zusammenschluß in Westeuropa lediglich begonnen, aber bei ihm nicht stehengeblieben werden. Die Illusion wurde lange Zeit, während die konkreten Integrationen Schritt für Schritt außerhalb der Demarkation erfolgten, die Europa — und Deutschland — zweiteilte, aufrechterhalten (obschon allmählich immer schwächer).

Zwischen Dezember 1947 und April 1948 bildeten sich in Paris, Rom, Brüssel, Den Haag, Luxemburg und, für das westdeutsche Dreizonen-Gebiet, in Frankfurt Komitees, die einen „Völkerkongreß" repräsentativer nationaler Delegationen vorbereiten sollten, um durch eine solche mächtige Willenskundgebung international der Einigungsforderung Nachdruck zu geben. Der Kongreß fand vom 8. bis zum 10. Mai 1948 in der Hauptstadt der Niederlande statt. Es nahm daran eine starke, aus fünfzig in der Sache engagierten Persönlichkeiten zusammengesetzte deutsche Delegation teil, — Konrad Adenauer darunter. (Ich hatte dafür sorgen müssen, daß er und die anderen aus dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet der Doppelzone die Reisegenehmigung erhielten, dazu holländische Gulden, — so eingeschränkt waren generell unsere Möglichkeiten damals noch.)

Nach dem „Haager Kongreß", der ein voller Erfolg wurde, bemühte sich Duncan Sandys, konservativer Abgeordneter im britischen Unterhaus, vormaliges Kabinettsmitglied, Schwiegersohn Winston Churchills, in ganz Westeuropa unter Einschluß Westdeutschlands der Einigungsbewegung eine breite demokratische Legitimationsbasis zu schaffen, — die 840 Delegierten vom Haag waren nur von dem oder jenem Einzelverband, in unserem Fall von der deutschen „Europa-Union", benannt gewesen. Am 25. Oktober 1948 konstituierte sich in Brüssel unter der Ehrenpräsidenten-

schaft von Léon Blum, Paul-Henri Spaak, Winston Churchill und Alcide de Gasperi die „Europäische Bewegung" aus den bestehenden freien Europa-Verbänden und „Nationalen Räten": Vertretern aller gesellschaftlich bestimmenden Gruppierungen in den einzelnen Ländern: der politischen Parteien, der Gewerkschaften, der Unternehmerorganisationen, der Bauernschaft, der Freien Berufe, der Universitäten, der Kirchen. Duncan Sandys, der Präsident des Exekutivkomitees, kam nach Frankfurt, bat mich zu sich in das von den Amerikanern noch besetztgehaltene Hotel „Excelsior" zu einem, wie sich herausstellte, für mich in Anbetracht unserer deutschen Verhältnisse üppigen Frühstück (das er im Schlafrock mit mir einnahm) und empfahl, nun im Dreizonen-Gebiet einen „Deutschen Rat der Europäischen Bewegung" zu gründen.

So geschah es.

Eine gewisse Schwierigkeit bot die erhebliche Reserviertheit Kurt Schumachers, der in einem lediglich westeuropäischen Zusammenschluß ein Hindernis für die deutsche Wiedervereinigung sah und überdies in der erheblichen Anzahl von CDU/CSU-Politikern, die sich vorbehaltlos engagierten, eine „reaktionäre Verschwörung" zur Errichtung eines „vatikanisch beherrschten Europa" argwöhnte. Hermann Brill, Fritz Erler und Carlo Schmid, die sich ihrerseits an meiner Bemühung von Anfang an beteiligt hatten, vermittelten eine Zusammenkunft im frankfurter Hotel „Monopol". Nur mit Mühe gelang es mir, zum einen zu begründen, daß es möglich sein werde, den „Deutschen Rat" parteiparitätisch und gesellschaftlich pluralistisch zusammenzusetzen, zum andern es zumindest nicht als unmöglich erscheinen zu lassen, eine europäische Integrationspolitik „der Offenen Tür" zu betreiben mit der Maxime „Handeln, damit man verhandeln kann". Schumacher stimmte schließlich sehr verhalten zu und benannte Gerhard Lütkens, Legationsrat ehemals im Auswärtigen Dienst der Weimarer Republik, einen, wie sich zeigte, äußerst mißtrauischen und sehr schwierig zu behandelnden Herrn, als seinen Vertrauensmann in der Leitung, der aber, glücklicherweise, auch die anderen drei genannten und führenden Sozialdemokraten angehörten.

Am 21. Januar 1949 kamen in Schönberg/Taunus, mehr als hundert Persönlichkeiten der bezeichneten Zugehörigkeiten zusammen, um das weitere konstituierende Vorgehen zu beschließen. Es wurde ein „Vorläufiger Ausschuß" aus zwanzig der Teilnehmer gebildet, der in Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Gruppen eine Liste von circa zweihundert Mitgliedern des Rates zusammenstellen sollte. Ferner wurde eine provisorische Elfer-Delegation für Brüssel bestellt, wo Ende Februar über den Internationalen Rat der Europäischen Bewegung zu beschließen war. Das

angewandte Prinzip der Personalunionen auf mehreren Zuständigkeits- und Verantwortungsgebieten bewährte sich in diesem Stadium, in dem es auf Information, Initiative, Zusammenarbeit und Flexibilität ankam, gut. Im Herbst, am 19. September 1949, trat der „Deutsche Rat der Europäischen Bewegung" im großen Kursaal der hessischen Landeshauptstadt vor die Öffentlichkeit.

Es war der Monat der Regierungsbildung in Bonn nach den soeben abgehaltenen erstmals wieder freien Wahlen zu einem deutschen Bundesparlament. Die Zeit des Neubeginns in Vororientierungen und Grundlegungen war abgeschlossen.